

form dieses Systems; dann müßt ihr aber das ganze Militärwesen auch über den Haufen werfen, das heißt: dann seid ihr eben Sozialdemokraten!

Man sieht: die Jagows und ihre Hintermänner haben gute Gründe, über die heutige Polizei alle Hände zu halten, und sich lieber in Widerspruch mit Gerichtsurteilen, mit öffentlichen Tatsachen und der gesamten öffentlichen Meinung zu setzen, als auch nur den leidesten Zweifel an der Vollkommenheit der Polizei als berechtigt anzuerkennen. Sie wissen: mal angefangen, tracht es im ganzen Bau, und dazu ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung denn doch schon zu unterwöhlt, als daß sie eine Reform an Haupt und Gliedern noch vertragen könnte.

Der Verfall des Parlamentarismus.

Vor einiger Zeit brachte die Parteipresse diese kurze Notiz aus Italien: „Die sozialdemokratische Fraktion im Parlament ist zur Opposition übergegangen.“ Mehr nicht; eine ganz einfache Nachricht, ohne Kommentar, zwischen Dutzenden von andern politischen Tagesberichten versteckt, als unterschiede sie sich kaum von allen andern. Und doch sprechen diese einfachen Zeilen mehr als ganze Bücher; sie werfen ein grettes Schlaglicht auf die Entwicklung und den Verfall des Parlamentarismus. Man denke sich nur diese Notiz durch ähnliche ergänzt und auf andre Länder ausgedehnt: Hier hat die Fraktion gestern beschlossen, die Regierung zu unterstützen; dort hat sie einen festen Block mit andern Parteien gebildet; ein Jahr später tritt sie aus dem Block, weil eine Regierungsvorlage sie enttäuscht hat usw. Man hat hier eine bestimmte politische Methode vor sich, die Methode des grundsätzlichen Opportunismus, die reformistische oder revisionistische Taktik.

Dass diese Taktik in dem letzten Jahrzehnt in allen Ländern mit mehr oder weniger Entschiedenheit aufgetreten ist, beweist, daß sie nicht in den ausfälligen Anschaungen führender Politiker, und auch nicht in der ausfälliger politischen Lage des Augenblicks wurzelt. Diese Entwicklung des Parlamentarismus in der Arbeiterbewegung wird durch allgemeine Ursachen bestimmt.

Deutschland hat dem Proletariat aller Länder das Beispiel gegeben, in welcher Weise der Parlamentarismus als mächtige Waffe in dem Befreiungskampf der Arbeiter zu gebrauchen und auszunützen ist. Allerdings mußte biese Waffe erst die Feuerprobe des Sozialistengesetzes bestehen, womit die herrschende Klasse sie zu brechen versuchte. Als sie aber siegreich, unversehrt, und kräftiger als zuvor aus diesem Kampfe hervorgetreten war, beeilten sich die Arbeiter aller Länder, sie auch anzuwenden, und mit jubelnder Begeisterung griffen sie die neue Methode auf. Die neunziger Jahre bildeten die schönste Blütezeit des Parlamentarismus; überall, in Frankreich, Italien, Holland, Belgien, drangen sozialistische Vertreter in die parlamentarischen Körperschaften ein und machten sie durch principielle Stellungnahme zu allen Fragen zu einer Quelle der sozialistischen Aufklärung der Massen. Wo kein allgemeines Wahlrecht bestand, wurde eine lebhafte Agitation dafür entfaltet, die oft durch schöne Erfolge gekrönt wurde, während zugleich Sozialreformen zustande kamen, die den Forderungen der Arbeiter sich näherten. Damit war aber der Höhepunkt der Entwicklung erreicht. Das nächste Jahrzehnt brachte zwar noch eine ständige Junahme der sozialistischen Parlamentarier und Wähler, aber zugleich traten Blockpolitik, Ministerialismus und andre Formen des Reformismus an die Stelle des scharfen principiellen Kampfes gegen die ganze bürgerliche Welt. Dieselben führenden Politiker, die früher durch ihren mustergültigen Kampf die sozialistischen Erzieher der Massen gewesen waren, schwärmten jetzt in die Bahnen der Kompromisspolitik ab. Von diesem inneren Verfall, der das äußere Wachstum begleitet, bietet die oben erwähnte Zeitungsnottiz ein Symptom: daß die sozialistische Fraktion nicht naturgemäß immer zu der bürgerlichen Regierung in Opposition steht, sondern zuerst Regierungspartei ist, und dann, als die Regierung sie enttäuscht, in die Opposition geht, wird jetzt immer mehr als etwas Unabänderliches und Natürliches hingenommen.

Die Ursache dieser Entwicklung liegt in der Natur des Parlamentarismus selbst. Mag auch der Kampf und die Agitation für den Sozialismus seine Grundlage sein, so besteht doch seine Praxis in der Behandlung der politischen Tagesfragen. Darin liegt auch gerade seine Kraft. Solange der Sozialismus bloß als die Lehre einer

das Zimmer des Herrn Dekans zu kommen. Der Hochwürdige stand noch immer in der Mitte des Zimmers, wo er von Hans Abschied genommen hatte, und blieb nachdenklich zu Boden.

„Darf i iah 'n Kaffee bringen?“ fragt die Häuserin.

„Freilich, Afra! Freilich den Kaffee bringen!“

„Er wird ameist sohniedies falt sein. Der is ja gar nimmer weiter verlossen, der vom Notar unten!“ meinte sie.

„Ah nit? Wir hab'n uns recht guat unterhalt'n, recht guat.“

„So? Was hat er denn wollen?“ erkundigte sich die Häuserin frisch.

„Nix b'sonders, Afra, gar nix b'sonders!“ sagte der Dekan und setzte sich müde aufs Sofa.

„Nix? Dös glab' i nit! Bald amal oans von dö Notarischen zu Ihnen aufer find't, da fahlt's wo! Dö hab'n ja an Hochmuat, dö Deut!“

„Nit a so daherrdn, Afra! Dös kann i nit leib'n! Schon gar nit!“ sagte der Dekan ärgerlich.

„Aber wahr is's! Und der Domkaplan is aa nit besser, wenn er schon a Geistlicher is! Daherg'nt tuat er, als wenn er der Erzbischof selber wär! Und nit amal anschau'n tuat er unheroans! I kann ihn gar nit schmäd'n (ausstechen, leiden), den —“

„Zah schaut, daß d' in die Kugl abi kimmst, und bringst mir den Kaffee! Zah hab' i's satt dei' Nederel, dei' z'nichte!“ schimpfte der Dekan und versuchte ein wildes Gesicht zu machen.

„I geb' schon! Aber wahr is's dech!“ sagte die Häuserin und trollte sich zur Tür hinaus. Dann schlürfte sie, noch laut vor sich hin schimpfend, den großen Korridor entlang und über die Stiege hinunter ins Erdgeschoss, wo die Küche lag.

(Fortsetzung folgt.)

Selte, als eine abstrakte Theorie oder ein utopischer Traum erscheint, bleibt er den Massen fern und fremdartig. Sobald er aber als proletarische Stellungnahme zu allen Fragen der unmittelbaren Praxis erscheint, und überall den Standpunkt und das Interesse der Arbeiterklasse gegen die bestehenden Klassen verteidigt, wird der Sozialismus für diese Massen greifbar, gemeinderständlich und praktisch. Aus einer Zukunftfrage wird er zu einer Gegenwartfrage. Und zugleich wird er jetzt überall gehört, wo Interesse für politische Fragen besteht. Dadurch macht der parlamentarische Kampf den Sozialismus zum Gemeingut der Massen, und zugleich werden die Parlamentarier zu Vorläufern der Sozialreformen, die das Proletariat braucht und fordert. Der Kampf um Sozialreformen, d. h. um alle politischen Maßregeln, die die Lage des Proletariats betreffen, ist die Form, worin der Kampf für den Sozialismus geführt wird.

Dabei ist es nun unvermeidlich, daß diese Form des Klassenkampfs zum alleinigen und höchsten Ziel des Kampfs gemacht wird. Das Leid der Arbeiterschicht ist so groß, Sozialreformen sind so dringend notwendig, daß alle Aufmerksamkeit auf dieses Ziel gerichtet wird. Sind sie aber auf dem Wege des Kampfes zu erreichen? Zuerst scheint es, als ob die Mobilisierung der großen Massen gegen die kapitalistische Unterdrückung eine geistige Macht entfesseln wird; und der Schrecken der Bourgeoisie, die ihre Sünden ganz gut kennt, vor den Anfängen dieser Empörung bringt einige Zugeständnisse. Aber bald wird klar, daß die Sammlung und Auflösung der Massen in solchen noch stark kleinbürgerlichen Ländern ein langwieriger Prozess ist; die verschiedenen Generationen sehen ein; die Sozialdemokratie bleibt im Parlament eine kleine Minderheit, die dort aus eigener Kraft nichts durchsetzen kann. Die Sozialreformen hören auf. Aber die Masse will sie, braucht sie. Sie ist noch nicht genügend sozialistisch durchgebildet, zu sehen, was unter dem Kapitalismus erreichbar ist und durch welche Kräfte es allein erreichbar ist. Sie verschafft sich die Politiker, oder, wenn man will, sie fällt den Politikern zum Opfer, die das Programm aufstellen, mit allen Mitteln für Sozialreformen zu wirken und als das sofort auf der Hand liegende Mittel das Bündnis mit andern demokratischen Parteien oder die Unterstützung der bürgerlichen Parteien und Regierungen betrachten, die Reformen versprechen. So wendet sich dann die Partei unter Führung der Fraktion von dem Wege des prinzipiellen Klassenkampfs ab; sie wird zum Schwanz einer bürgerlichen Partei und läßt sich von leeren Versprechungen nas führen. Statt Kampf gegen die bürgerliche Welt predigt sie Zutrauen in einen Teil dieser Welt. Statt sozialistischer Auflösung trägt sie Unklarheit, Verwirrung und Mutlosigkeit in die Massen, die sich zum Teil anarchistisch-syndikalistischen Tendenzen zuwenden.

Mutlosigkeit; denn das Ziel, worauf ihre Aktion hindeute, erreicht sie nicht. Die ersehnten Reformen bleiben aus, oder bleiben Scheinreformen. Und das ist auch leichtverständlich. Alle Reformen sind ein Produkt der Furcht der Bourgeoisie. Nicht in dem Sinne der blauen Angst, daß jetzt das Ende der Welt da sei, sondern Furcht, daß das Proletariat zum klaren Klassenbewußtsein kommt. Jedesmal, wenn das Proletariat sich mit Kraft erhebt, sucht die herrschende Klasse es wieder mit der Gewährung eines Teils seiner Forderungen, sofern diese nicht allzu gefährlich erscheinen, einzulassen. So sind alle bedeutenden Reformen, Wahlrechtsverlängerungen und Arbeiterschutzgesetze, eine Folge der Agitation und der Machenschaftung der Arbeiter gewesen. Und daraus ergibt sich nun auch sofort klar, weshalb die reformistische Methode nicht zum Ziele führen und den Arbeitern gar keine wertvollen Reformen liefern konnte. Sobald das Proletariat diesen Weg einschlug, war es für die Bourgeoisie nicht mehr gefährlich. Statt seiner Macht zeigte es seine Schwäche. Als die Arbeiter ihre großen unverhältnischen Forderungen fallen ließen, auf Kompromisse eingingen und damit ihren Mangel an klarem Klassenbewußtsein zeigten, fürchtete man sie nicht mehr. Sie brauchten nicht mehr gefördert zu werden, sie kamen schon von selbst. Die Quelle ihrer Kraft war die Agitation im prinzipiellen Sinne, die Erweckung eines klaren sozialistischen Bewußtseins gewesen, und diese war weg.

Denn nur was die selbständige Macht des Proletariats vergrößert, ist auch imstande, die Bourgeoisie zu Sozialreformen zu treiben.

Diese Wahrheit hat das Proletariat, das in der reformistischen Politik gefangen ist, noch zu erlernen. So wird der Verfall des Parlamentarismus zu einer besonderen Episode in der sozialistischen Aufklärung der Massen, zu einer Zeit, worin sie durch harte Erfahrung weise werden. Sie glaubten, um Sozialisten zu sein, genüge es, einen Sozialisten vor den bürgerlichen Parteien zu bevorzugen; aber der Parlamentarismus, der sich auf diesem Anfang des Klassenbewußtseins aufbaute, mußte bald entarten und durch seinen Verfall die Notwendigkeit besserer sozialistischer Einsicht darstellen.

In Deutschland haben sich von diesem Verfall des Parlamentarismus zwar Symptome gezeigt, aber sie sind nicht zur Herrschaft gekommen. Bei dem scharfen rücksichtslosen Kampf, den die herrschende Klasse hier gegen das Proletariat führt, war jede Annäherung ausgeschlossen; der parlamentarische Kampf mußte dabei notwendig den Charakter eines scharfen Klassenkampfs behalten. Eine Abirrung vom Wege des unversöhnlichen Kampfs wurde auch durch die gute theoretische Durchbildung der Massen verhindert. Zwar trat auch hier immer klarer zutage, daß die sozialistische Fraktion eine Minderheit im Parlament bleiben muß, die selbständig nichts durchzusetzen vermag. Aber hier hat das nicht zu solchen Kompromissen mit andern Parteien geführt, die uns schwächen können, sondern zu der Ergänzung des Parlamentarismus mit andern Kampfmethoden, die der Massenorganisation des Proletariats noch besser angepaßt sind. Sowie das deutsche Proletariat früher die Arbeiter aller Länder auf diese neue Methode des Kampfs hincwies, so kann es jetzt den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, zu einer Zeit, wo in so vielen Ländern der Parlamentarismus versagt, den Genossen der andern Länder durch sein leuchtendes Beispiel zu zeigen, wie der Parlamentarismus als Waffe des Klassenkampfs und der Machovergrößerung des Proletariats zu handhaben ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Leipziger Gewerkschaften im Jahre 1910.

II.

Fragen sozialpolitischer Natur sind in verschiedenen Gewerkschaften und nach verschiedenen Richtungen behandelt worden. Die Gäßner verlangten, gestützt auf die abgeänderten Gewerbeordnungsbestimmungen, für die Erwerbsgärtner einen Fortbildungsschulunterricht für die Lehrer, Unterstellung des Personals unter das Krankenversicherungsgesetz und Zulassung zu den Gewerbege richtsbehörden. Der Rat antwortete, daß bisher schon die Forderungen gemäß verfahren wurden. Die Forderungen der Bäcker, die auf Beisetzung des Koß- und Logiswanges und Einführung eines 36stündigen wöchentlichen Ruhtages gerichtet sind, haben viel Aehnlichkeit mit den Forderungen der Fleischgehilfen wegen früherem Geschäftsschlus und Freigabe der zweiten Feierlage. Aehnlich ist auch die Gegnerschaft, mit der hier wie dort die Innungsmäster diese Forderungen gegenüberstehen. Zuweilen mag freilich auch den Innungsteuten die Freude an den Innungseinrichtungen etwas getrieben werden, nämlich dann, wenn die organisierten Arbeiter auch ein Wort dabei mitreden wollen. Selbst die Bäckereiinnung hat nicht verhindern können, daß bei der letzten Wahl der Gehilfenvorsteher zur Innungskrankenfasse die Stimmenzahl der Zentralverbände um 60 Prozent, die der Lokalverbände um nur 8 Prozent seit der vorletzten Wahl gestiegen ist, und die Schneider, die mehrere Jahre hindurch sich an den Einrichtungen der Innung nicht beteiligt hatten, haben seit Anfang des vergangenen Jahres den Gesellenausschuss wieder ausschließlich mit Mitgliedern des Zentralverbandes besetzt. Den Angestellten in den Privatbadanstalten mußte infolge eines Beschlusses der Stadtverordneten wöchentlich ein freier Nachmittag gewährt werden, die organisierten Eisenbahner protestierten dagegen, daß sie in der Ausübung des Koalitionstrechts behindert werden sollten und die Tabakarbeiter nahmen gemeinsam mit den Zigarrensortierern Stellung gegen die Kürzung und Entziehung der Unterstützung der durch die Tabakssteuer geschädigten und arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter. Auch die Gesamtheit der Arbeiterschaft mußte wiederholz zusammengetreten, um ihre Rechte zu wahren und gegen die Verschlechterung bestehender Einrichtungen Protest einzulegen. Veranlassung hierzu gab der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung und das Bestreben in Regierungs- und Unternehmertümern, den Arbeitern bei Erringung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen weitere Hindernisse zu bereiten. Günstige Gelegenheit, um gegen die bestehenden Zustände und gegen beabsichtigte Verschlechterungen zu protestieren und den Organisationsgedanken neu zu beleben, bot, neben drei besonders hierzu einberufenen Versammlungen, die Maifeier, zu der sich, da sie auf einen Sonntag fiel, wesentlich mehr Gewerkschaftsmitglieder als im Vorjahr an den Vormittagsversammlungen einfanden, und ebenso auch das Gewerkschaftsfest, das sich ebenfalls einer lebhaften Beteiligung erfreute.

An sozialpolitischen Wahlen war im vorliegenden Jahre neben den Arbeitervorsteherwahlen zweds Mitwirkung bei Festsetzung von Unfallverhütungsvorschriften nur noch die Wahl der Beifahrer zum Kaufmannsgericht zu verzeichnen. Die letztere brachte den im Zentralverband organisierten Handlungsgehilfen beachtenswerte Erfolge. Eigentlich hätten auch müssen die Beifahrerwahlen zum Gewerbegericht für die Amtshauptmannschaft vorgenommen werden. Vermutlich hat sich aber die Absicht der Einführung der Verhältniswahl im alten Jahre nicht mehr verwirklichen lassen, und da ja Statuten gemäß die ausscheidenden Beifahrer so lange im Amt verbleiben, bis neue an ihre Stelle treten, so bringt die Hinausschiebung der Wahl keine weiteren Nachteile. Jedenfalls darf die Ausschreibung der Wahl in aller nächster Zeit erwartet werden, und da auch die Wahlen der Generalversammlungsvertreter zur Ortskrankenfasse vorzunehmen sind, so wird sich die Leipziger Arbeiterschaft gleich zu Beginn des neuen Jahres auf eine lebhafte Wahlarbeit gefaßt machen müssen.

Wie schon bemerkte, ist die wirtschaftliche Konjunktur im vergangenen Jahre nicht ungünstig gewesen. Das geht insbesondere auch aus der Arbeitslosenstatistik des Gewerkschaftskartells hervor. Es sind auch im letzten Jahre von einer Anzahl Gewerkschaften die am Schlusse eines jeden Monats vorhandenen arbeitslosen Mitglieder gemeldet worden, und da ist festgestellt worden, daß in 22 Gewerkschaften die durchschnittliche Arbeitslosenziffer betrug:

29. Januar	5,5 Prozent	30. Juli	2,3
28. Februar	3,1	31. August	2,1
31. März	2,8	30. September	2,8
30. April	2,8	29. Oktober	2,0
31. Mai	2,8	30. November	1,8
30. Juni	2,9	31. Dezember	2,6

Die Arbeitslosenziffer der einzelnen an der Statistik beteiligten Gewerkschaften bewegte sich in den verschiedenen Monaten bei den Bäckern und Konditoren zwischen 5,4 und 14 Prozent, bei den Brauerei- und Mühlenarbeitern zwischen 0,6 und 2,2 Prozent, bei den Buchbindern zwischen 0,3 und 3,2 Prozent, bei den Buchdruckern zwischen 1,4 und 5,1 Prozent, bei den Buchdruckereihilfsarbeiten zwischen 0,7 und 1,8 Prozent, bei den Bureauangestellten zwischen 0,4 und 0,8 Prozent, bei den Fabrikarbeitern zwischen 0,3 und 3,8 Prozent, bei den Gärtnern zwischen 1,2 und 8,9 Prozent, bei den Gastwirtschaften zwischen 6,0 und 15,3 Prozent, bei den Gläsern zwischen 0,8 und 23,8 Prozent, bei den Holzarbeitern zwischen 1,8 und 3,7 Prozent, bei den Lithographen und Steindruckern zwischen 4,2 und 10,6 Prozent, bei den Metallarbeitern zwischen 1,1 und 2,2 Prozent, bei den Schmieden zwischen 1,6 und 3,8 Prozent, bei den Schuhmachern zwischen 1,2 und 6,8 Prozent, bei den Stofflättzern zwischen 3,8 und 55,4 Prozent, bei den Tapetierern zwischen 0,6 und 24,1 Prozent, bei den Textilarbeitern zwischen 0,1 und 0,6 Prozent, bei den Transportarbeitern zwischen 0,5 und 2,3 Prozent und bei den Zigarrensortierern zwischen 2,0 und 19,4 Prozent.